

# WAHLCHECK

NATÜRLICH GEMEINSAM  
**FÜR UMWELT  
& NATUR**  
**WÄHLEN!**

LANDTAGSWAHL 2026



Zur Landtagswahl am 8. März 2026 haben BUND und NABU alle Parteien mit realistischen Chancen auf einen Einzug in den Landtag befragt. Wir veröffentlichen auf der Rückseite die wichtigsten Antworten der Parteien auf unsere Wahlprüfsteine. Damit sich alle ein eigenes Bild davon machen können, wer sich wirklich für Umwelt und Natur einsetzt.

Der AfD wollten wir bewusst kein Forum zur Selbstdarstellung geben.  
Schließlich bekennen wir uns in unserer Satzung zur Menschenwürde;  
der von der AfD verbreitete Rassismus steht dem fundamental entgegen.  
Wir stehen für Klimaschutz ein, die AfD bestreitet den Klimawandel rundheraus.



## SO ANTWORTEN DIE PARTEIEN

Wird sich Ihre Partei in der neuen Legislaturperiode dafür einsetzen, dass ...



... Moore, Wälder, Flüsse u. Auen im Sinne der Europäischen Wiederherstellungsverordnung (EU 2024/1991) renaturiert werden?	+	+	+	+	+
... das Biodiversitätsstärkungsgesetz konsequent umgesetzt wird, u. a. 50 % weniger Pestizide und 40 % Ökolandbau auf der Fläche bis 2030?	+	+	+	-	+
... sich 10 % der Waldfläche Baden-Württembergs ohne forstliche Nutzung zu „Urwäldern von morgen“ entwickeln dürfen?	+	-	+	-	+
... die Finanzmittel für den Naturschutz im Landeshaushalt weiter anwachsen, um den Rückgang der biologischen Vielfalt zu stoppen?	+	-	+	-	+
... die Zusammenarbeit der verschiedenen Verwaltungsebenen und Ressorts bei der Umsetzung von Klimaschutz-, Naturschutz- und Naturwiederherstellungsmaßnahmen verbessert wird?	+	+	+	+	+
... ausreichend Mittel und Flächen für Artenhilfsprogramme für vom Ausbau der Erneuerbaren Energien betroffene Arten zur Verfügung gestellt werden?	+	+	+	...	+
... auf Bundesebene das Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen kommt?	+	-	+	-	+
... für Baden-Württemberg ein CO <sub>2</sub> -Restbudget festgelegt wird?	+	-	...	-	+
... der Einsatz von Technologien zur CO <sub>2</sub> -Abscheidung (CCS und CCU) auf unvermeidbare Emissionen beschränkt wird?	+	-	+	-	+
... die Strategie zur Anpassung an den Klimawandel von 2023 konsequent umgesetzt wird und entsprechende Haushaltsmittel eingeplant werden?	+	+	+	-	+
... kein weiterer Straßenneu- oder -ausbau ohne gleichzeitige Entsiegelung in mindestens gleichem Umfang erfolgt?	+	-	...	-	+
... verbindliche Obergrenzen für den Flächenverbrauch festgesetzt werden, in Höhe von höchstens 2,5 Hektar pro Tag bis 2030 und Netto-Null bis 2035?	+	-	...	-	+

+ Ja
 - Nein
 ... Keine Angabe